

Schönburger Tageblatt

und Waldenburger Anzeiger.

Er scheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Festtagen. Annahme von Inseraten für die nächstfolgende Nummer bis Vormittag 1/11 Uhr. Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich M. 1.60, für den 2. und 3. Monat M. 1.10, für den 2. Monat 55 Pf. Einzelne Nr. 10 Pf. *Extrax pro Bette 10 Pf., für auswärtig 15 Pf.*

Filialen: in Altstadtwaldenburg bei Herrn Otto Förster; in Callenberg bei Herrn Strauchwitzer Fr. Herrn Richter; in Kaufungen bei Herrn Fr. Janaschek; in Langenschürsdorf bei Herrn H. Stegler; in Penig bei Herrn Wilhelm Dahler; in Wollenburg bei Herrn Herrn. Widenhain; in Ziegelheim bei Herrn Eduard Kirsten.

Postfachamt Leipzig 4486

Amtsblatt für das Königliche Amtsgericht und den Stadtrat zu Waldenburg.
Zugleich weit verbreitet in den Städten Penig, Rungsdorf, Richtenstein-Callenberg und in den Ortschaften der nachstehenden Landratsamtsbezirke:
Altstadt-Waldenburg, Bedauersdorf, Callenberg, Ehrenhain, Frohndorf, Falken, Grumbach, Kaufungen, Langenschürsdorf, Langenleuba-Niederhain, Langenleuba-Oberhain, Niederwiera, Oberwiera, Oberwinkel, Oelsnitz i. E., Reichenbach, Reuse, Schlagwitz, Schwaben, Wollenburg und Ziegelheim.

N 99.

Sonntag, den 30. April

1911.

Witterungsbericht, aufgenommen am 29. April, Nachm. 8 Uhr.
Barometerstand 751 mm reduziert auf den Meeresspiegel. Thermometerstand + 11 C. (Morgens 8 Uhr + 11 C. Tiefste Nachttemperatur + 7 C.) Feuchtigkeitsgehalt der Luft nach Saunders's Polymeter 82%. Taupunkt + 8 C. Windrichtung: Südwest. Niederschlagsmenge in den letzten 24 Stunden bis früh 7 Uhr: 1,0 mm. Daher Witterungsansichten für den 30. April: Wechselnde Bewölkung mit Neigung zu Niedererschlägen.

Waldenburg, 29. April 1911.

Der für den Monat Mai angekündigte Besuch des Königs Peter von Serbien beim Kaiser Franz Josef in der ungarischen Hauptstadt Budapest, ist, wie mitgeteilt, abgesagt worden. In Wahrheit konnte man sich wundern, daß er überhaupt in Aussicht genommen war, denn, wie der greise habsburgische Herrscher über alle diese Dinge denkt, die mit der Thronumwälzung vom Jahre 1903 in Belgrad in Verbindung standen, ist wohl keinem Zweifel unterworfen. Kaiser Franz Josef halte sich mit Rücksicht auf politische Interessen und auf die Beziehungen zum benachbarten Serbien die Wünsche nicht verschließen wollen, die von dort an seine Regierung und damit auch an ihn selbst herantreten; aber die Möglichkeit von Zwischenfällen bei diesem Besuch ist doch zu groß geworden, der scharfe Gegensatz von Politik und Moral konnte diesmal nicht unterdrückt werden.

Ueber die blutigen Vorgänge vom Juni 1903, denen im alten Belgrader Königspalast der junge König Alexander Obrenowitsch, der letzte seiner Familie, und seine Gattin, die räuberische Draga, zum Opfer fielen, ist noch volles Licht verbreitet worden. Es steht fest, daß Draga, die den schwachen Alexander völlig beherrschte, nach dem misslungenen Versuch einer Kindesunterziehung den Plan hatte, ihren jüngeren Bruder, der nach seiner Schwester ebenfalls ermordet wurde, zum Thronfolger erheben zu lassen. Daraus entsand die Offiziersverschwörung, die in bestialischer Grausamkeit das wehrlose Königspaar und später eine Zahl von ihm unbedingt ergebenen Personen abschlachtete. Die Ruhe im Königreiche ist mühsam gewahrt worden, denn die Zustimmung der Bevölkerung zu der Schreckensstat ist bei weitem nicht allgemein, und noch heute herrscht große Erbitterung über den materiellen Vorteil, den sich die Königsmörder aus ihrer Mordtat gesichert hatten. Zu den erklärten Gegnern dieser Männer gehört bekanntlich auch der frühere Kronprinz Georg.

Den Verschwörern und Mördern verdankt König Peter aus dem früher aus Serbien vertriebenen Herrscherhause Karageorgewitsch seine Krone. Nach der Lage der Dinge war es wohl nicht möglich, gegen diese Leute ein hochnotpeinliches Gerichtsverfahren einzuleiten, aber zwischen einer solchen Unterlassung und einer Beförderung der Missetäter, wie sie diese durchzusetzen wußten, ist doch ein großer Unterschied. Und eben hieraus leiteten sich die Behauptungen her, der heutige Serbenkönig habe um den Mordplan im Voraus gekümmert und habe ihn geschehen lassen. Die Weltgeschichte registriert eine ganze Reihe von solchen skrupellosen Thronumwälzungen, aber in der heutigen Zeit wird doch auch der moralische Standpunkt neben dem politischen beachtet. Selbst wenn solche Umwälzungen nötig wären, und in Belgrad sprach persönlicher Ehrgeiz, aber keine unbedingte Notwendigkeit mit, war noch kein Mord erforderlich; das haben die Enthronungen der Staatsoberhäupter in der Türkei, in Persien, Korea, Marokko, Portugal bewiesen. Und darum bleibt König Peter von Serbien, wenn er auch am russischen, türkischen, bulgarischen und italienischen Hofe empfangen worden ist, auch heute noch nicht von öffentlichen Kritiken und Anklagen verschont.

Sind die Behauptungen von der Mitwisserschaft des serbischen Herrschers um die Verschwörung zur Beseitigung seines Vorgängers richtig, die namentlich in einem vor mehreren Jahren in Wien veröffentlichten Buche mit großer Ausführlichkeit mitgeteilt worden sind? Der Inhalt ist von Belgrad aus für erfunden erklärt worden, und man darf ohne weiteres zugeben, daß der König keinen Grund hatte, der Dynastie Obrenowitsch, die sein eigenes Haus bekämpfte und bis aufs Messer verfolgt hatte, freundschaftliche Gefühle zu widmen. Aber, wie gesagt, die Klüsterer, die sogar in österreichisch-ungarischen Zeitungen namentlich jetzt wieder recht laut geworden. Moral und Politik lassen sich hier nicht trennen, wenigleich die heutige serbische Regierung

längst allenthalben anerkannt ist.

Zu den Reisesplänen des Königs Peter gehörte für den Monat Juni auch ein Besuch in Berlin. Verhandlungen über denselben hatten noch nicht stattgefunden, es war nur ein bezüglicher Wunsch aus Belgrad ausgesprochen worden. Nachdem die Begegnung von Budapest hinfällig geworden ist, kann man wohl annehmen, daß auch diejenige mit dem deutschen Kaiser sich einstweilen erübrigen wird. Im deutschen Volke würde dem Gaste keine Höflichkeit verweigert werden, aber es wäre unter den obwaltenden Umständen an eine Teilnahme nicht zu denken. Ueber gewisse Dinge führt nur die Zeit allein fort. Das Königreich Serbien hat die Folgen jener Juninacht vor acht Jahren noch nicht überwunden, die nach dem Tode des letzten Obrenowitsch erwartete Aufbesserung der Verhältnisse ist kaum eingetreten. Auch innerhalb der heutigen Königsfamilie herrscht, wie bekannt, noch Zwiespalt. Der älteste Königssohn Georg hat auf die Erbfolge Verzicht leisten müssen, sein jüngerer Bruder Alexander ist an seine Stelle getreten. Niemand weiß aber, ob alles sich im Frieden neu gestalten wird, wenn der König Peter, der sich dem Greisenalter nähert, die Augen schließt. Auch dann wird der Gegensatz zwischen Politik und Moral, wie sie wenigstens im Orient oft genug aufgefaßt wird, leicht möglich nochmals Geltung gewinnen.

Politische Mundschau. Deutsches Reich.

Mit dem Danziger Aufenthalt des deutschen Kronprinzen beschäftigt sich ein Artikel des „Tag“. Es heißt darin, daß die Entscheidung über die neue Garnison des Thronerben nach vorheriger sorgfältiger Erwägung aller in Betracht kommenden persönlichen, militärischen, wirtschaftlichen und, was in Ansehung der Person des neuen Kommandeurs nicht unterbleiben konnte, auch der politischen Verhältnisse und im Einvernehmen mit den dabei verantwortlichen Ratgebern der Krone gefaßt worden ist. Ueber die Zwecke des neuen Kommandos wird gesagt: Die Gelegenheit, das Leben und Treiben in einer vom Mittelpunkt des Reiches weit abgelegenen Provinz kennen zu lernen, auch die Offizierskorps der Provinz in ihrem kameradschaftlichen und dienstlichen Verkehr, sowie die Truppen der Provinz zu beobachten, mit Marinekreuzern in ständige Verbindung zu treten, das Verhältnis zwischen Bürgerium und Militär in nächster Nähe und frei von den höchsten Pflichten der Hauptstadt zu studieren, wird der Kronprinz freudig wahrnehmen. Wenn, so schließt der Artikel, aus dem Aufenthalt in Danzig sich ähnliche Beziehungen zur Provinz Westpreußen entwickeln, wie sie für den kaiserlichen Großvater aus Anlaß des Aufenthalts in Breslau dauernd zur Provinz Schlesien bestanden haben, so werden die diesen Beziehungen zugrunde liegenden Erfahrungen und Kenntnisse nicht nur dem Fürstprinzen und der Provinz, sondern in ihren Folgeerscheinungen dem ganzen Lande zum Heile dienen. Der Kronprinz wird, wie man in der „Kreuz-Zig.“ liest, zur Eröffnung der Ostpreussischen Ausstellung für Industrie, Gewerbe und Landwirtschaft nach Posen kommen. Auch wird wahrscheinlich der Reichskanzler erscheinen.

Aus Anlaß der am Freitag stattgefundenen Taufe seiner am 20. März geborenen Tochter hat Großherzog Wilhelm von Sachsen-Weimar dem Patriotischen Institut der Frauenvereine im Großherzogtum Sachsen die Summe von 100,000 M. überwiesen. Die Spende stellt nach einem begleitenden Erlaß des Großherzogs ein Zeichen dankbarer Anerkennung der reichgesegneten Wirksamkeit des Instituts auf dem Gebiete der Kranken- und Gemeindepflege dar. Die Großherzogin ist die Obervorsitzerin des Patriotischen Instituts der Frauenvereine.

Seit einer Reihe von Jahren zeigen die kleinen Einkommen in Deutschland die Neigung, sich zu erhöhen, und ständig sinkt, wie die Statistik mitteilt, die Zahl der Einkommen unter 900 M. Die Lohnverhältnisse sind also allgemein besser geworden, und das nicht nur in den Städten,

sondern auch auf dem Lande. Unter der ländlichen Bevölkerung hat sich der Anteil mit mehr als 3000 M. Einkommen nahezu verdoppelt, was von Bedeutung ist; denn zweifellos sind die Einkommensverhältnisse auf dem Lande doch sicherer und bleibender als in den Städten, wo die Konjunktur manche Schwankungen mit sich bringt und sie fühlbarer werden läßt. Die relativ beste Gegend Deutschlands ist die Provinz Westfalen, wo auf 1000 Bewohner nur 267 mit einem Einkommen von unter 900 M. jährlich entfallen; am ungünstigsten sieht Ostpreußen da, wo die Zahl der kleinen Besitzten weit über die Hälfte der Steuerpflichtigen ausmacht. Die ganz großen Einkommen haben in den letzten Jahren eine Steigerung nicht erfahren. Es scheint demnach, als ob die wirtschaftliche Entwicklung den Mittelstand stärken will.

Der Zentralverband deutscher Industrieller bezeichnete in einer zu Berlin abgehaltenen Delegiertenversammlung den Entwurf der Reichsversicherungsordnung auch in seiner jetzigen Gestalt als unannehmbar. Zur Begründung dieses Beschlusses wird in einer einstimmig angenommenen Resolution ausgeführt: Unter Außerachtlassung der bisherigen Leistungen der Arbeitgeberschaft und der gegenwärtigen Wirksamkeit unserer großen Fabriksbetriebe in sozialpolitischer Beziehung sind durch die Kommissionsbeschlüsse den Arbeitgebern neue Leistungen und Befähigungen auferlegt, welche schwere wirtschaftliche Beeinträchtigungen nicht nur für die gewerblichen Kreise selbst, sondern auch für die nationale Wirtschaft überhaupt und nicht zuletzt für die Arbeiterschaft im Gefolge haben werden. Durch die immer fortschreitende Vermehrung der Lasten der Versicherung wird nicht nur die Ausfuhrmöglichkeit, sondern schließlich auch der Bestand der deutschen Industrie überhaupt in Frage gestellt werden. Der Zentralverband deutscher Industrieller ist der Überzeugung, daß es möglich ist, noch in den Plenarberatungen des Reichstags den Gesetzesentwurf ertüchtlich zu gestalten. Sollte dies nicht zu erreichen sein, so würde der Fortdauer des gegenwärtigen Zustandes der Vorzug zu geben sein. Zahlreiche sozialdemokratische Versammlungen in Berlin lehnten die Versicherungsordnung gleichfalls ab mit der Begründung: der Entwurf beschränke die Rechte der versicherten Arbeiter und Arbeiterinnen; große Schichten der Bevölkerung blieben nach wie vor von der Versicherung ausgeschlossen, die Befolgung der Rechtsansprüche Unfallverletzter würde aufs härteste erschwert, die Witwen- und Waisenrenten auf einen Satz normiert, der zur allerknappsten Lebensnotdurft niemals ausreiche. Neben zahllosen weiteren Verschlechterungen der bestehenden Zustände werde die Verwaltung der Krankenkassen und aller Versicherungsinstitutionen den Arbeitnehmern völlig entwunden.

Eine bedauerliche Tatsache ist es immer noch, daß in unseren afrikanischen Kolonien ein empfindlicher Mangel an Bargeld herrscht. Es ist zwar in den letzten Jahren gelungen, das einheimische Kapital für koloniale Unternehmungen mobil zu machen, aber diese Werte kommen dem Mittelstand, den Kolonisten, nicht zu gute. Und auf einem soliden Kolonistenstande beruht zum größten Teil die Zukunft der wirtschaftlichen Entwicklung unserer Schutzgebiete. Heute wird zur Eröffnung eines Farmbetriebes ein Mindestkapital von 20- bis 30,000 M. verlangt; diese Summe ist aber zu hoch, um eine koloniale Siedlungspolitik populär werden zu lassen. Wenigstens finden sich nach den bisher gemachten Erfahrungen nur wenige, die solche Summe bar auf den Tisch legen können. Es fehlt an guten Kreditinstituten in den Kolonien. Die Gemeinden haben ein genügendes Kreditwesen noch nicht ausbilden können, nun erwächst für das Reich die Aufgabe, ein solches zu schaffen. Das Reich hat selber das größte Interesse daran, erstens um den unerläßlichen soliden Mittelstand der Farmer zu schaffen, zweitens um etwaigen unläuterer finanziellen Operationen in den Kolonien beizubringen.

Von der Kaiserin, die in Deutschland bekanntlich ganz und gänzlich den Erwartungen ihrer Urheber entsprach, sagt der sozialdemokratische „Vorwärts“ in einem Aufruf zur